



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Alexander Ulrich MdB

BERLIN INFO für die Woche vom 29.01.-02.02.2018

Übersicht der Themen:

- Jahreswirtschaftsbericht 2018
- Familiennachzug
- Europäischer Währungsfonds
- Antrag - Reduzierung wöchentlicher Höchstarbeit
- Antrag - Asylpolitik der Europäischen Union
- Antrag - Entspannung mit Russland
- Antrag - Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Rahmen einer Regierungsbefragung wurde am Mittwoch der Jahreswirtschaftsbericht für 2018 vorgestellt. Ich habe die Bundeswirtschaftsministerin Zypris im Plenum insbesondere nach den hohen Außenhandelsüberschüssen in Deutschland befragt und, wie zuvor angenommen, eigentlich gar keine Antwort darauf erhalten. Der Bericht zeigt, der vermeintliche „Aufschwung“ der deutschen Wirtschaft lebt von billigen Exporten, von schlecht bezahlten Arbeitskräften und von der enormen Verschuldung anderer Länder, die eben auf diese hohen Außenhandelsüberschüsse zurückzuführen sind. Mehr dazu in einem [Pressestatement](#) von Sarah Wagenknecht.

Familiennachzug - Am Donnerstag wurde namentlich über einen Gesetzentwurf der CDU/CSU abgestimmt, in dem die Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzuges nach Deutschland zu Flüchtlingen mit subsidiärem, also eingeschränktem Schutzstatus, gefordert wird. DIE LINKE. hat einstimmig gegen diesen Gesetzesentwurf votiert und brachte einen eigenen Entwurf ein. Es sind vor allem Geflüchtete aus Syrien und dem Irak, die von der Aussetzung des Familiennachzuges betroffen sind. Man mag sich nicht vorstellen, wie sehr diese zumeist stark traumatisierten Menschen darunter leider müssen, von ihren weiterhin in Gefahr und in Armut lebenden Ehegatten, Eltern und Kindern mitunter viele Jahre getrennt zu sein. Hier geht es zu unserem [Antrag](#).

Europäischen Währungsfonds - Ebenfalls am Donnerstag wurde über mehrere Anträge zur Einrichtung des Europäischen Währungsfonds debattiert. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht die Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen neu zu schaffenden Europäischen Währungsfonds (EWF) vor, der die Aufgabe des ESM übernimmt und zusätzlich als Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) fungiert.

Damit wird die Krisenpolitik der EU mit Austerität und Kürzung sozialer Rechte fortgeschrieben. Über den EWF haften die europäischen SteuerzahlerInnen weiter für zukünftige Krisen. Mehr dazu in dem [Antrag](#) der Linksfraktion.

Antrag - Reduzierung wöchentlicher Höchstarbeit - Auch am Donnerstag wurde über einen Antrag der Linken debattiert, mit dem wir die Reduzierung der gesetzlichen wöchentlichen Höchstarbeit fordern. Die Arbeitszeit gestaltet sich immer flexibler, der Arbeitstag kennt für viele keine Grenzen mehr. Während die einen immer länger arbeiten, stecken andere in der Teilzeitfalle oder müssen sich mit einem Minijob begnügen. Um der Entgrenzung von Arbeit und unfreiwilliger Teilzeit entgegen zu wirken, fordert die LINKE eine Reduzierung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von derzeit 48 auf 40 Stunden, eine Mindeststundenanzahl von 22 Stunden pro Woche und ein Rückkehrrecht in Vollzeit. Weiter zu unserem [Antrag](#).

Antrag - Asylpolitik der Europäischen Union - Am Donnerstag stand zudem ein Antrag auf der Tagesordnung, der die EU-Asylpolitik kritisiert. Der Antrag listet langjährige Forderungen der LINKEN auf. Die Bundesregierung soll sich auf der EU-Ebene für einen offenen Umgang mit Schutzsuchenden und gegen eine Politik der Abschottung und Auslagerung des Flüchtlingsschutzes aus Europa einsetzen. [Hier](#) geht es zu dem Antrag.

Antrag - Entspannung mit Russland - Keine Verlängerung der Sanktionen gegen Russland - Ziel dieses Antrages, der am Donnerstag im Plenum debattiert wurde, ist die Beendigung der EU-Sanktionen gegen Russland. Die Sanktionen soll nicht erneut verlängert werden. Die Bundesregierung soll in der EU gegen eine Verlängerung werben und dagegen stimmen. Mehr dazu in dem [Antrag](#) der Linksfraktion.

Antrag - Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen - Mit diesem Antrag der Linken hat sich der Bundestag am Freitag befasst. Sanktionen verstoßen gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und führen zu massiver sozialer Verelendung. Sie sind aber auch sozialpolitisch und arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv, weil sie zur Dequalifizierung von Beschäftigten führen und prekäre Arbeit fördern. Im anhängigen BVerfG-Verfahren haben sich u.a. DGB, Diakonie und der Deutsche Sozialgerichtstag gegen Sanktionen ausgesprochen. Hier geht es zu unserem [Antrag](#).

Diese Woche hat die Fraktion die Konstituierung der Bundestagsausschüsse abgeschlossen. Ich werde in dieser Legislatur weiterhin einer der Parlamentarischen Geschäftsführer unserer Fraktion und Mitglied des Ältestenrates des Bundestages sein. Ab dieser Woche wird mein inhaltlicher Schwerpunkt die Wirtschaftspolitik sein. Im Wirtschaftsausschuss werde ich die Funktion des Obmanns übernehmen. Mitglied bleibe ich auch im EU- Ausschuss.

Ich wünsche Euch allen ein schönes Wochenende!

Mit solidarischen Grüßen



Euer Alexander